



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

Bayern und Baden-Württemberg vertreten gemeinsame Wirtschaftsinteressen in Brüssel

18. Juli 2025

MÜNCHEN / BRÜSSEL Wirtschaftsstaatssekretär Tobias Gotthardt und sein Amtskollege Dr. Patrick Rapp aus Baden-Württemberg haben sich für industriepolitische Gespräche in Brüssel mit Vertretern der EU-Kommission und des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) getroffen. Für Gotthardt war es bereits der fünfte Brüssel-Besuch in diesem Jahr. Im Zentrum standen die Zukunft der europäischen Kohäsionspolitik, sicherheits- und raumfahrtpolitische Fragen sowie die Stärkung der Standortbedingungen für Unternehmen. Bayern und Baden-Württemberg sind High-Tech-Standorte mit großer industrieller Basis und einem exportorientierten Mittelstand.

Diese gemeinsamen Stärken bringen auch gemeinsame Interessen mit sich, die die Staatssekretäre in Brüssel vorgetragen haben. Im Gespräch mit dem Kabinett des Exekutiv-Vizepräsidenten der EU-Kommission Raffaele Fitto, darunter Kabinettschef Vincenzo Matano sowie Senior Advisor Dr. Karl-Philipp Wojcik, stellte Staatssekretär Tobias Gotthardt fest: „Die europäischen Regionen müssen auch in Zukunft die direkten Akteure der Kohäsionspolitik bleiben. Andernfalls drohen Verzögerungen, mehr Bürokratie und Fördervorgaben, die an den regionalen Bedarfen vorbeigehen. Umso wichtiger sind frühzeitige und praxistaugliche Rahmenbedingungen für die kommende Förderperiode ab 2028. Regionen brauchen Planungssicherheit statt neuer Hürden und noch mehr Detailvorgaben.“ Staatssekretär Dr. Rapp betonte die große Bedeutung einer zukunftsfesten Kohäsionspolitik: „Statt neuer Zentralisierung braucht Europa eine Kohäsionspolitik auf Augenhöhe. Konkret bedeutet das Gestaltungsspielraum für Regionen, weniger Bürokratie und klarer Förderung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.“

In der Landesvertretung Baden-Württemberg trafen Gotthardt und Rapp auf Anne Fort, die stellvertretende Kabinettschefin von Kommissar Andrius Kubilius. Themen waren die Rolle der Regionen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Perspektiven für die europäische Raumfahrt. „Bayern ist schon jetzt ein europaweiter Hotspot der Raumfahrt. In den letzten Jahren gingen bereits 40 Prozent aller deutschen ESA-Aufträge in den Freistaat. Diese starke Rolle wollen wir gemeinsam mit Baden-Württemberg weiter ausbauen“, erklärt Gotthardt und ergänzt: „Gerade viele süddeutsche Unternehmen leisten mit ihren Produkten einen wertvollen Beitrag zur Sicherheit Europas. Sowohl die Raumfahrt als auch die Verteidigungsindustrie sind Technologietreiber und schaffen hochinnovative Arbeitsplätze“. Staatssekretär Rapp hob hervor: „Wir erleben eine Zeit multipler Herausforderungen, geprägt von geopolitischen Spannungen, hybriden Bedrohungen und neuen Formen der Kriegsführung, die sich gegenseitig verstärken. Eine starke Sicherheits- und Verteidigungsindustrie leistet daher einen wesentlichen Beitrag zu unserer Krisenfestigkeit.“

Ein weiteres Gespräch führten die beiden Staatssekretäre mit Freya Lemke, der Leiterin der Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) bei der EU. Gemeinsam wurden Anliegen des Wirtschaftsstandorts Deutschland in Europa erörtert, insbesondere mit Blick auf Bürokratieabbau, Standortattraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Gotthardt und Rapp sind überzeugt: „Die neue Kommission setzt deutlich wirtschaftsfreundlichere Akzente. Dennoch überwiegt in Brüssel oft noch der Impuls, alles bis ins Detail regeln zu wollen. Diese Haltung gilt es zu verändern. Die EU sollte sich auf strategische Ziele und die großen Weichenstellungen konzentrieren – und nicht zu früh zu tief in die operative Umsetzung eingreifen.“

Ansprechpartner: Aaron Gottardi, stv. Pressesprecher

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

